Einzelpreis 30 Pfg. • 4. Jahrgang

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. [illegible], für das übrige Ausland M. [illegible]
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Donnerstag, 17. November 1921

Nummer 537 • Abend-Ausgabe

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6.— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche [illegible] Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M.
Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Hungerstreik in Lichtenburg

Ein Schandfleck der Republik

Von den politischen Gefangenen der Strafanstalt Lichtenburg, Kreis Torgau, ging dem Zentralkomitee unserer **Partei** folgendes Schreiben zu:

Werte Genossen! Seit sieben Monaten schmachten wir bereits hinter Kerkermauern und hofften bis zum heutigen Tage, durch den Schiedsspruch des Rechtsausschusses die Freiheit wiederzuerlangen. Vergebens! Werte Genossen! Wir fragen Euch, ob Ihr die täglichen Notrufe unserer Familienangehörigen gehört habt. Wir hatten gehofft, daß man unschuldige Frauen und Kinder dem Hunger und Elend nicht preisgeben würde, doch hat sich auch diese Hoffnung als trügerisch erwiesen. Nicht länger sind wir mehr gewillt, das Elend von Tausenden von Frauen und Kindern mit anzusehen. Darum greifen wir nun zu dem äußersten Mittel, indem wir am Sonnabend abend von 5 Uhr ab jegliche Lebensmittel von innen und außen verweigern und in den Hungerstreik treten. Denn wir haben uns gesagt, wenn unsere Angehörigen zugrunde gehen, so mag uns das gleiche Schicksal beschieden sein.

Doch einen Schrei der Not richten wir an Euch, Genossen und Genossinnen, und an das gesamte internationale Proletariat. Wir haben die Hoffnung, daß man unseren Notschrei hören wird, denn wir sind fest gewillt, durch diesen Schritt die Freiheit wiederzuerlangen oder mit unseren hungernden Angehörigen elend zugrunde zu gehen. Läßt man zu, daß Hunderte von Männern, die für ihre Freiheit und ihr Recht eingetreten sind, mit ihren hungernden Familienangehörigen zugrunde gehen, so mag die Welt erfahren, daß das nur in einem freien Deutschland geschehen konnte.

Um Irrtümer zu vermeiden, bitten wir Euch, Genossen, diesen Notschrei in allen uns zu Gebote stehenden Zeitungen zu veröffentlichen. Wir führen keine Beschwerde gegen die Direktion der Strafanstalt, sondern wir verlangen einzig und allein unsere Freiheit oder den Hungertod.

Mit revolutionärem sozialistischem Gruß
Die politischen Gefangenen der Strafanstalt Lichtenburg
Bruno Böttcher.

Dem Schreiben ist folgende Bemerkung hinzugefügt:
Wir befinden uns seit Sonnabend, den 12. November, abends 5 Uhr, im Hungerstreik. Augenblicklich befinden sich annähernd 100 Gefangene im Hungerstreik. Abschrift dieses Schreibens geht an alle Arbeiterparteien.

Der Notruf der politischen Gefangenen erinnert an die Elendsbilder des zaristischen Rußland. Es ist unfaßlich, daß Hunderte von Menschen von der Justiz der Republik zu langen Freiheitsstrafen verurteilt wurden und von der Strafvollstreckung der Republik dauernd der Freiheit beraubt werden, obwohl ihr Verbrechen letzten Endes nur darin besteht, daß sie mit ihrer Person für die Freiheit des Volkes und letzten Endes nur für diese Republik eingetreten sind. Das Elend der politischen Gefangenen ist ein Schandfleck an dieser Republik. Wiederholt haben unsere Genossen im Parlament Amnestie für die politischen Gefangenen gefordert. Als einzige Antwort darauf erhielten sie den Hinweis auf den Gnadenweg. Erst jüngst hat der Reichsjustizminister Radbruch unseren Genossen die gleiche Antwort gegeben. Die schwer leidenden Strafgefangenen in Lichtenburg aber werden weder der Gnade des Herrn Reichspräsidenten noch des Rechtes der deutschen Republik teilhaftig. Sie schmachten weiter, sie leben in Angst um das Schicksal ihrer Angehörigen, sie werden somit nicht nur körperlich, sondern auch seelisch auf das schwerste gepeinigt. Und keine Hand rührt sich, um die Schmach zu beseitigen. Vielleicht rüttelt die Verzweiflungstat der Gefangenen von Lichtenburg das völlig verrottete Gewissen des öffentlichen Deutschland wach.

Die Forderungen der Gewerkschaften

L. H. Die steigende Not des arbeitenden Volkes durch die immer mehr anschwellende Verteuerung der Lebenshaltung erfordert schleunigste und wirksame Maßnahmen der Regierung. Den Weg hierzu weisen die Mindestforderungen der Gewerkschaften, deren Wortlaut in der Mittwochnummer der „Freiheit" veröffentlicht worden ist.

Die Verwirklichung dieser Forderungen liegt durchaus im Bereiche der Möglichkeit, wenn dazu der ernste Wille bei den ausführenden Stellen vorhanden ist. Es handelt sich darum, dem Reiche die notwendigen Mittel zuzuführen, die Notenpresse stillzulegen, seine Finanzwirtschaft zu ordnen, damit es seine Verpflichtungen, insbesondere die aus der Reparation, erfüllen kann. Damit würde dem weiteren Sinken des deutschen Geldwertes Einhalt geboten.

Betrachtet man die zehn Forderungen der Gewerkschaften, so muß man zuerst die Forderungen herausgreifen, die sofort verwirklicht werden können; das sind:

Punkt 7: die Forderung nach beschleunigter Einziehung des Reichsnotopfers und

Punkt 8: die sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuern und der Abschlagszahlungen auf die Umsatzsteuern.

Nicht genannt sind dabei die beträchtlichen Rückstände aus der Abgabe vom Vermögenszuwachs aus dem Jahre 1919, die allerdings erst Ende 1920 und Anfang 1921 zur Einziehung gelangte.

Nicht genannt ist vor allem auch die Forderung nach Aufhebung aller Stundungsbewilligungen für die Besitzenden. Die Gründe, die seit dem Sommer 1920 zu mehr oder weniger notwendigen Stundungsgesuchen der Unternehmer geführt haben, sind jetzt bei den völlig veränderten Verhältnissen nicht mehr stichhaltig. Im Gegenteil: wer früher seine flüssigen Mittel in Produktionsmitteln und Waren aller Art festgelegt hatte und deshalb nicht zahlen konnte, der hat gerade jetzt durch Realisierung dieser Werte seine flüssigen Zahlungsmittel ganz bedeutend vergrößert. Für das Reich hingegen besitzt die jetzt erst gezahlte Steuer aus den Jahren 1919/20 nur etwa die Hälfte des damaligen Wertes, jedes weitere Zögern verringert den Wert der Steuersummen.

Der Zeitpunkt der Einziehung aller gestundeten und rückständigen Steuern einschließlich des Reichsnotopfers und der Umsatzsteuer ist augenblicklich der denkbar günstigste für den Steuerfiskus. Jedes Hinausschieben der Steuereinziehung durch die Finanzämter ist jetzt ein weit größerer Fehler als die zu spät erfolgte Veranlagungsarbeit in den Jahren 1919/20. Damals konnte man als Grund für die Verzögerung die organisatorische Umstellung des ganzen Steuerapparates entschuldigend gelten lassen. Heute handelt es sich doch nur darum, die bestehende Einziehungstechnik den augenblicklichen Verhältnissen entsprechend anzuwenden und mit einem vielleicht verstärkten Personal die notwendigen Arbeiten rascher und intensiver zu vollziehen.

Es muß organisatorisch durchaus möglich sein, die Arbeitskräfte aus anderen reichlicher besetzten Verwaltungsgebieten herauszuziehen und sie der Steuertätigkeit zuzuführen. Klagt man doch über überflüssige Beamte in manchen Reichsämtern; — wer aber weiß, welche Berge von Akten in den Finanzämtern auf Erledigung warten müssen, der erkennt, daß den leitenden Beamten die Hilfskräfte im allgemeinen fehlen. Wenn dem Reich auch höhere Verwaltungskosten durch Verstärkung der Hilfskräfte in den Finanzämtern entstünden, so würden diese bei rechtzeitigem Hereinbringen der Steuern — und zwar noch vor Ende dieses Jahres nur einen kleinen Bruchteil der eingebrachten Steuersummen ausmachen.

Bei der Umsatzsteuer handelt es sich ebenfalls jetzt besonders darum, die reichlich vorhandenen flüssigen Zahlungsmittel aus den umgesetzten Waren und Leistungen einzuziehen, bevor sie wieder in neuen, oft nicht wirtschaftlich notwendigen Werten festgelegt werden, um dann — im Jahre 1922 — durch langfristige Stundungen dem Zugriff des Reiches entzogen zu werden.

Es ist in der Praxis der Unternehmungen vielfach Sitte geworden, den Fiskus als Steuergläubiger zu benutzen, um seine Warenschulden und andere Verbindlichkeiten möglichst einzuschränken. Privatwirtschaftlich gesehen ist das ein wünschenswerter Zustand für jeden Besitzer von Produktionsmitteln, das Reich kann sich aber in seiner heutigen Lage den Luxus nicht erlauben, für das Privatkapital den Geldgeber zu spielen.

Der Steuerfiskus muß deshalb sofort die Zahlung aller gestundeten Steuern verlangen. Wo die Zahlung durch den Schuldner nicht von selbst erfolgt, muß strengste Nachprüfung der Zahlungsfähigkeit vorgenommen werden; Nachsicht ist nur in dringenden Fällen zu üben.

Aus den Gewerkschaften heraus müssen befähigte und zuverlässige Arbeiter, Angestellte und Beamte den Behörden als Vertrauensleute zu-

Das Gebot der Stunde

Die Steuerausschüsse des Reichstages sind **heute** zusammengetreten, um in die Beratungen über die dem Hause zugegangenen Steuergesetzentwürfe einzutreten. Bevor damit der Anfang gemacht wird, ist erst etwas anderes zu erledigen. Die Beratungen haben den Zweck, dem Reich diejenigen Mittel zuzuführen, die zur Bilanzierung seines Haushalts und zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen notwendig sind. Daher müssen die Ausschüsse zuerst dafür sorgen, daß durch geeignete Maßnahmen die Ausführung der jetzt schon bestehenden Steuergesetze ermöglicht wird. Die Forderungen der Gewerkschaften zeigen den Weg hierzu. Die rückständigen Steuern aus den vergangenen Jahren müssen sofort eingezogen werden. Wenn die Regierung entschlossen handelt, dann braucht sie die erpresserischen Angebote des großen Kapitals nicht zu berücksichtigen, denn dann kann sie an die Stelle des nur gegen wucherische Verzinsung zu erlangenden Kredits der Industrie den eigenen Kredit des Reiches setzen.

Die Regierung scheint wenigstens in der Frage der Kreditaktion entschlossen zu sein, den Kampf mit dem Großkapital aufzunehmen. Nach einer Meldung des „Vorwärts" befaßte sich das Reichskabinett in seiner Dienstagssitzung mit dem Reparationsproblem und besprach eingehend die Möglichkeiten zur Aufbringung der fälligen Rate von 500 Millionen Goldmark für die nächstfällige Reparationszahlung. Auch über die politische Lage und die Auswirkungen der neuen Teuerungswelle wurden Erörterungen gepflogen. Eine Beschlußfassung über die Forderungen der Industrie zur Kreditbeschaffung wurde vorläufig vertagt. Die Frage der Entstaatlichung der Eisenbahnen steht außerhalb jeder Diskussion.

Die gleiche Auffassung hat der Reichskanzler Dr. Wirth im Reichsausschuß der Zentrumspartei, der gestern in Berlin zusammentrat, zum Ausdruck gebracht. Er ging in einer Rede über die politische Lage, die er als verworren und unübersehbar bezeichnete, ganz besonders auf das Kreditangebot der deutschen Industrie ein. Er nannte dieses Angebot unannehmbar und überhaupt nicht diskutabel. Von einem modifizierten Angebot der Industrie, wie es neuerdings nach den Pressemeldungen ausgearbeitet worden sein soll, sei ihm bisher noch nichts bekannt. Aus der Versammlung heraus wurde ihm bei seinem Urteil über das Industrieangebot lebhaft zugestimmt.

So verworren, wie der Reichskanzler die politische Lage ansieht, erscheint sie uns nun doch nicht. Der Arbeiterklasse und mit ihr der Gesamtheit der nichtkapitalistisch interessierten Bevölkerung ist es jetzt ganz klar, worum es sich handelt. Entweder um die Vertrustung des ganzen deutschen Wirtschaftslebens, das unter die Botmäßigkeit einer Handvoll Kapitalsmagnaten gestellt werden soll, oder um die Sicherstellung der demokratischen Zukunft Deutschlands in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Jetzt oder nie ist die Stunde gekommen, in der die Selbstsucht der besitzenden Klassen gebrochen werden kann und sie gezwungen werden müssen, ihre Verpflichtungen gegenüber dem Staatsganzen zu erfüllen.

Das Großkapital kennt keine weichen Gefühle und es legt jedes Entgegenkommen auf seine Ansprüche als Schwäche aus. Nur wenn jetzt mit harter Hand zugefaßt wird und alle Maßnahmen mit größter Beschleunigung getroffen werden, um den Trotz der kapitalistischen Kreise zu brechen, kann es gelingen, den völligen Zusammenbruch des Reiches zu verhindern.

Vertagung der Steuerausschüsse

In einer gemeinsamen Sitzung des Besitzsteuer-Ausschusses und des Ausschusses für die Verbrauchssteuern sollte heute Vormittag die **Generaldebatte über die Steuervorlagen der Regierung** vorgenommen werden. Die Regierung war nur durch den Staatssekretär Zapf und andere Kommissare vertreten. Die Regierungsmitglieder waren durch eine Kabinettssitzung verhindert. Der Ausschuß beschloß deshalb, von der Generaldebatte Abstand zu nehmen und die Regierung zu ersuchen, am Freitag in der Sitzung des Ausschusses zu erscheinen, um dort ihre Absichten darzulegen. Ferner wurde ein Antrag angenommen auf Vorlage der Denkschriften des Reichswirtschaftsministeriums über die Erfassung der Goldwerte.

Das Wiesbadener Abkommen

Erklärungen Loucheurs

Paris, 17. November.

Vor den Senatsausschüssen für Finanzen und auswärtige Angelegenheiten erschien am Mittwoch der Minister **Loucheur**, um Auskunft über das Wiesbadener Abkommen zu geben. Ueber die Sitzung wurde folgender Bericht veröffentlicht: In Beantwortung der von verschiedenen Mitgliedern der beiden Kommissionen gestellten Fragen setzte der Minister auseinander, **wie er sich das Funktionieren des Abkommens denke im Hinblick auf die Zahlungsverpflichtungen Deutschlands vom 15. Mai 1921, also vom Londoner Ultimatum.**

Nach den Erklärungen Loucheurs hatte sich, wie „Matin" berichtet, eine Debatte entwickelt, in der die Frage gestellt wurde: **Müssen wir Zahlungen in natura annehmen? Müssen wir diese Lieferungen mit den Interessen Deutschlands und den Notwendigkeiten unserer Industrie in Einklang bringen?** Auf diese Fragen habe Minister Loucheur bejahend geantwortet. Er habe hinzugefügt, das Abkommen wäre unnütz, wenn es nicht die Zustimmung der Alliierten fände. Die Haltung der britischen Presse könnte den Glauben erwecken, daß einige Einwendungen von seiten Englands gemacht würden. Heute aber habe Frankreich die Gewißheit, daß das nicht der Fall sei. Die britische Regierung scheine übrigens entschlossen zu sein, darüber nächstens eine Erklärung abzugeben.

gewiesen werden, die bei der Ueberwachungs- und Kontrolltätigkeit mitzuwirken haben. Die Betriebsräte, ganz besonders die Angestellten, müssen endlich mehr als bisher sich hierbei beteiligen und so dem Reich in seiner Not helfen, die wirklich leistungsfähigen Steuerzahler heranzuziehen.

Es ist weiter dringende Pflicht der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, insbesondere aber auch des Beamtenbundes, bei den Steuerbeamten den Geist zu wecken, der leider noch nicht genügend vorhanden ist, das Bewußtsein, daß sie in der Lage sind, mitzuwirken an der Milderung der entsetzlichen Not, die sie selbst ebenso wie das gesamte Proletariat trifft. Sie dürfen nicht länger zusehen, wie die Einkommensteuer aller Lohn- und Gehaltsempfänger trotz dauernden Rückganges des Reallohnes sofort bei der Lohnzahlung beschlagnahmt wird, während die besitzende Klasse, für die die Steuerleistung eine Verschlechterung der Lebenshaltung nicht bedeutet, Gelegenheit hat, noch obendrein mit den hinterzogenen und zurückgehaltenen Steuern neue Profite auf Kosten des Reiches und der Allgemeinheit anzuhäufen.

Stresemann wehrt sich nicht

Herr Stresemann hat jüngst seine Rede über die Erpresserforderungen der deutschen Industrie gehalten, die einige Wendungen enthielt, aus denen zur Not geschlossen werden konnte, daß Herr Stresemann die Ansprüche des Großkapitals ablehnt. Daß das Wort dieses Mannes keinen Zuverlässigkeitswert hat, wird wieder einmal bestätigt durch eine neue Rede, die Stresemann auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Thüringen gehalten hat. Ueber die Frage der Aenderung des Reichseisenbahnsystems sagte Stresemann:

„Im Zusammenhang mit den Bestrebungen, dem Reiche finanziell zu helfen, ist die Frage aufgeworfen worden, wie man die Staatsbetriebe, die unter dem steigenden Defizit arbeiten, wieder zu Einnahmequellen gestalten könne. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Frage der Aenderung unseres Reichseisenbahn-Systems eine Frage von tief einschneidender Bedeutung ist. Der Gedanke, es hat keinen Sinn, daß wir Milliarden aufbringen, wenn die Defizitwirtschaft nicht aufhört, ist für mich entscheidend. Ob die vorgeschlagene Aenderung dazu führt, nun wirklich aus dieser Wirtschaft herauszukommen, ist fraglich. Ich bekenne offen, wenn wir noch im alten Deutschland wären, würde ich mich **dagegen wehren, an dem Staatsbetriebe zu rütteln. Gegenüber dem Staatsbetriebe in der Form des heutigen Deutschland habe ich jedoch Bedenken.**"

Stresemann gibt also zu verstehen, daß er sich gegen eine Verschacherung der Reichseisenbahnen an das Kapital mit Rücksicht auf die „Form des heutigen Deutschland" nicht wehren würde. Stresemann läßt sich und seiner Partei in dieser Frage, die er selbst für eine entscheidende hält, alle Türen offen, um rechtzeitig auf das Gebot der Gewaltigen um Stinnes in die gewünschte Bahn einschwenken zu können. Das heißt, daß die Arbeiterschaft in der Deutschen Volkspartei von vorn herein eine Anhängerin der Forderungen der Industrie erblicken muß.

Stinnes-Bahn

Der demokratische Abgeordnete und Führer des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes, Oswald Riedel, beschäftigt sich in einem Leitartikel des „Berliner Tageblattes" mit der Frage der Stinnesierung der Reichseisenbahn. Riedel kennzeichnet die Tendenz seines Artikels durch die Ueberschrift „Reichseisenbahn oder Stinnesbahn?" Er erinnert in ausführlicher Darstellung zunächst an die auch von ihm wiederholt angeregten Vorschläge zur Verbesserung des Eisenbahnbetriebes. Er erinnert ferner an die vielfach auch von uns dargelegten Gründe für die Eisenbahndefizite. Als wesentlichen Grund für die Defizite erwähnt auch Riedel wieder die gewaltige Steigerung der Materialpreise, von der nur die Industrie den Nutzen, die Eisenbahn aber den Schaden gehabt habe. Dieselben Kreise aber, die der Eisenbahn systematisch das Material verteuern, erheben Einspruch gegen jede Tariferhöhung. Andere wieder, nämlich die Vertreter der Privateisenbahnen, **fordern regelmäßig und dauernd viel rechtzeitigere und erheblich stärkere Tariferhöhungen.** Ein Umstand, der Riedel zu folgendem Schluß veranlaßt: **Eine Privatisierung der Bahnen würde zunächst erheblich höhere Tarife zur Folge haben.**

Die Gründe, die gegen die Privatisierung sprechen, faßt Riedel wie folgt zusammen:

1. Nur der Betrieb, nicht aber die Finanzpolitik der Eisenbahnen könnten privatwirtschaftlich gestaltet werden. Die Eisenbahn darf kein Profitunternehmen, sondern muß ein gemeinnötiger Betrieb sein.
2. Das Reich, das eine praktische Wirtschaftsgesetzgebung treiben will, muß sich selbst praktisch an der Wirtschaft beteiligen. Hierzu bietet der gemeinnötige Reichseisenbahnbetrieb die beste Gelegenheit.
3. Ein so armes Reich wie das Deutsche muß eigene Vermögensobjekte in Händen haben. Entäußert es sich dieser, dann verliert es den letzten Rest seines ohnehin genügend geschwächten Kredites.

In diesem Punkte sind wir mit Herrn Riedel also einmal so ziemlich einer Meinung. Wir erwarten nun von ihm, daß dieser Demokrat innerhalb seiner Partei seine Auffassung zur Geltung bringt. In entscheidender Stunde wird sich zeigen, ob das möglich ist oder ob innerhalb der demokratischen Partei die Kreise stärker sind, die das gesamte öffentliche Eigentum des Reiches, der Länder und der Gemeinden dem Kapital am liebsten sofort und bedingungslos in die Hände spielen würden.

Das Hilfswerk für Oppau

59½ Million Mark

In einem Teil der Presse sind in den letzten Tagen Mitteilungen über die Höhe der für das Hilfswerk Oppau eingegangenen Spenden erschienen, die den Tatsachen nicht entsprechen. Nach Mitteilungen des Reichshilfsausschusses erreichen die bis Sonnabend, den 12. November d. J. eingegangenen Beträge die Höhe von 59½ Millionen Mark.

Agrarische Reklame

Der Reichslandbund über Preußen

Der Reichslandbund scheint sich als eine Art „Nebenregierung" zu betrachten, um dieses Wort anzuwenden, das der gesamten Reaktion so geläufig vom Munde fließt, wenn die Organisationen der Arbeiterklasse ihre politischen Forderungen erheben. Er hat sich auf einer Vertreterversammlung in Berlin mit dem neuen preußischen Kabinett beschäftigt. Die Ansprüche der Landwirtschaft seien bei der Besetzung des Kabinetts nicht berücksichtigt worden, heißt es in einer Entschließung. Das wird auf die folgende Weise näher begründet:

„Die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten, des Innenministers und des Landwirtschaftsministers geben dem Kabinett in seinen wichtigsten Posten vielmehr ein ausgesprochenes landwirtschaftfeindliches Gepräge.

Die bisherige, produktionshemmende zum Teil demagogische Tätigkeit des Ministerpräsidenten Braun in gleicher Eigenschaft ist in der gesamten Landwirtschaft noch in ungünstiger Erinnerung.

Der neue Minister des Innern, Severing, erhob in seiner früheren Tätigkeit im gleichen Amt an die Stelle des Fachkönnens die Parteigesinnungstüchtigkeit zum Befähigungsnachweis."

Auch der neue Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff findet keine Gnade vor den Augen des Reichslandbundes. Diese Leute meinen also noch immer, ein preußisches Kabinett muß als Exekutivkomitee der ostelbischen Agrarier gebildet werden. Nur dann ist es echt preußisch. Das neue Kabinett aber sollte dem Reichslandbund für diese Reklame dankbar sein. Noch ein paar solche Resolutionen, und selbst dieses Kabinett wird populär.

Eine Interpellation der Bayerischen Volkspartei. Im bayerischen Landtag ist von Abgeordneten der Bayerischen Volkspartei eine Interpellation eingebracht worden, wie sich die bayerische Regierung zu den Forderungen der Industrie auf Entstaatlichung der Reichseisenbahnen verhalte und was sie in dieser Angelegenheit zu tun gedenke.

Die Tschechoslowakei und Deutschland

In der Mittwoch-Sitzung des tschecho-slowakischen Abgeordnetenhauses gab Ministerpräsident und Minister des Aeußeren Dr. Benesch eine Darlegung über die Ereignisse der letzten Zeit. Er beschäftigte sich insbesondere mit der durch den Karl-Putsch aufgeworfenen Lage und stellte fest, daß in diesem Punkt das angestrebte Ziel erreicht worden sei. Der tschecho-slowakisch-polnische Vertrag sei gegen niemand gerichtet, weder gegen Rußland, noch gegen Deutschland, noch gegen Ungarn. Ueber das Verhältnis zu Deutschland sagte der Ministerpräsident, es sei von Anfang an offen und unzweideutig gewesen. Deutschland sei der größte Nachbar der Tschecho-Slowakei und diese sei wirtschaftlich auf seine Mitarbeit geradezu angewiesen. Er sagte wörtlich: So wie mit anderen Nachbarn, wollten und wollen wir auch mit Deutschland ein anständiges, vernünftiges und freundschaftliches Verhältnis. Es ist natürlich, daß dieses Verhältnis stets auch durch unsere engen Beziehungen zum Westen und zum Osten und durch das Verhältnis des Westens und Ostens zu Deutschland selbst bestimmt wird. Bisher drückten wir dies durch die Formel aus, daß wir uns in korrekten und loyalen Beziehungen befinden. Die heutige Lage Deutschlands, besonders die wirtschaftliche, welche allseitig schwer ist und lange Jahre nicht besser werden wird, zeigt, daß Deutschland selbst ohne eine schnelle Verständigung, besonders mit Westeuropa und vor allem mit seinem hauptsächlichsten Nachbar, mit Frankreich, nicht leben kann.

Im Zusammenhang mit diesen Ausführungen wandte sich Benesch auch gegen den Feldzug der reichsdeutschen Presse wegen des Standpunktes der Tschecho-Slowakei in der oberschlesischen Frage. Hierzu bemerkte der Ministerpräsident: In Sachen Oberschlesiens verteidigte ich und verteidige ich den Standpunkt der Friedensverträge. Das habe ich auch in Genf betont. Nachdem bei mir um einen Sachverständigen in der oberschlesischen Frage nachgesucht worden war, sandte ich nach Genf drei unserer hervorragendsten Volkswirtschaftler, die von der Grenzbestimmung keine Kenntnis hatten, in dieser Sache auch nicht arbeiteten und von ihr erst erfuhren, als die Entscheidung des Völkerbundes Deutschland und Polen bekanntgegeben war. Der Welt zu erzählen, daß wir dies oder jenes dabei erreichen wollten, vielleicht sogar territorial, ist lächerlich und äußerst illoyal. Wir sind kein Werkzeug einer fremden Politik und werden es auch nicht sein. Wir haben ein eigenes Programm und unsere eigenen Interessen.

Aufhebung des Standrechts

Prag, 15. November.

Das am 28. Oktober wegen der bekannten Ereignisse in Graslitz verhängte Standrecht wurde aufgehoben.

Kleine Nachrichten

Ein neuer Kommunistenprozeß in Leipzig. Am heutigen Donnerstag vormittag beginnt vor der vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts der Prozeß gegen die Staßfurter Kommunisten. Die Anklage gegen insgesamt 49 Angeklagte stützt sich auf die §§ 81/82 des Reichsstrafgesetzbuches. 17 Angeklagte sind in Untersuchungshaft. Die Verteidigung der Angeklagten wird geführt von den Rechtsanwälten Doering und Pilz aus Leipzig und dem schon aus früheren Putschprozessen bekannten Rechtsanwalt Hegewisch aus Halle, sowie Justizrat Fränkl aus Berlin.

Heimkehr aus Rußland. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Dampfer „Wigbert" trifft am 17. November erneut mit 939 Heimkehrenden aus Noworossisk, darunter 518 Reichsdeutschen, in Triest ein, die zwecks Entlassung, wie bisher üblich, dem Lager Lechfeld in Bayern zugeleitet werden.

Französischer Kredit für die Hungernden Rußlands. Die französische Senatskommission für Finanzen hat den Antrag auf Eröffnung eines Kredits von 6 Millionen Franken zur Hilfeleistung für die Opfer der Hungersnot in Rußland angenommen, unter der Bedingung, daß die 6 Millionen dem französischen Roten Kreuz überwiesen und unter seiner Kontrolle verteilt werden.

Begnadigung tschechischer Kommunisten. Der Präsident der Tschechoslowakei Masaryk hat 71 Kommunisten, die derzeit wegen politischer Umtriebe verurteilt worden sind, begnadigt.

Ostern

Deutsches Theater

Von allen Stücken Strindbergs ist „Ostern" das innigste und schönste. Nirgends steht er so frei über den Leiden, die der Inhalt seiner Werke sind, wie in diesem Jahresfestspiel. Wie sonst bei ihm, geht es auch hier um die Not des Lebens und um die Erlösung des Menschen. Bei Dostojewski heißt es einmal: Was ist die Hölle? Die Welt ohne Liebe. Strindbergs Antwort lautet ähnlich. Die Welt, in der unsere eigenen Sünden, schlechten Gedanken und Uebeltaten die Liebe verdrängen und an ihre Stelle Ruten und Martern setzen, das ist unsere Osterpein. Ostern heißt das Stück, weil Strinberg die Leidenswoche Christi auf den Menschen überträgt, nachdem er erkannt hatte, daß die kleinen Stiche und Enttäuschungen, das Durchfallen in der Schule, die nichtbezahlten Rechnungen, die Herabsetzung in der Oeffentlichkeit, die Mißgunst eines Konkurrenten, der eigentliche Inhalt unserer täglichen Marter sind und nicht die sogenannten großen Tragödien. Die Verfolgungen, die wirklichen und die eingebildeten, das ist unsere Hölle. Gründonnerstag ist täglich: der Tag der Furcht und der ängstlichen Erwartung. Stiller Tag, Karfreitag, ist täglich: der Tag der Not und des tausendfachen Kreuzestodes. Ostersamstag ist täglich: der Tag der Ueberwindung und der Auferstehung aus unserem verstockten Herzen heraus.

Strindberg kleidet seine Idee in eine ganz schlichte Handlung. Es geht wieder um eine Familie, die leidet. Am meisten Elis, der Sohn eines kleinen, nicht bösartigen Defraudanten im Gefängnis, der mit Mutter und Schwester und Braut tausend Aengste durchlebt: die gefürchtete Pfändung des Gläubigers Lindquist, die Ankunft einer etwas geisteskranken Schwester Eleonore, die in den falschen Verdacht kommt, einen Blumentopf gestohlen zu haben, die vermutliche Untreue seiner Braut. Der erste Akt ist der der Erwartung; der zweite der der Pein; der dritte der der Erlösung.

Die Erlösung kommt, wie im Märchen, von bösen Geistern, die in Wahrheit den Menschen wohlwollen. Der böse Lindquist, dessen Schatten so oft drohend am Fenster erschien, ist ein gutmütiger, alter polternder Kleinstädter, der seine Macht über die Familie dazu benutzt, sie zu bessern. Denn einmal hat der Vater von Elis ihm Gutes getan; das Gute kehrt immer wieder, und dies beweist er, indem er seine Pfändungsscheine nur dazu benutzt, Elis zu bessern. Er soll nachgeben, er soll glauben. Er soll nicht hartnäckig und unerbittlich sein. Und er erreicht alles und versöhnt das Haus.

Das Stück ist eigentlich wie ein Oratorium zu spielen. Martin ließ die umhüllende Musik von Haydn unbegreiflicherweise fort und spielte das Festspiel mehr als zarte Komödie mit leisen Anklängen des Gespensterhaften, wie es der Maler Munch gibt. (Seine eigene Dekoration war sehr schön in grün, grau, schwarz und weiß gehalten.) Die Aufführung wird aber dadurch gekennzeichnet, daß die kleinste Rolle, die der Mutter, am vollendetsten gespielt wurde. Von Emilia Unda, die nun hoffentlich ihrem Können entsprechend beschäftigt werden wird. So behaglich Klöpfers Humor den alten Lindquist zur Sonne des Stückes machte, so sehr vermißte man ihn in der Rolle des Elis, in der ihn wohl jeder zu sehen wünschte, der seinen Wonzzek erlebt hat. Der Elis des Abends, Hans Schweikart, versagte ganz. Nicht ohne Innerlichkeit, spielte er doch nur mit konventionellen Mitteln. Die schönste Gestalt des Stückes, Eleonore, erwärmte in der Gestaltung von Roma Bahn. Ihre Eleonore hatte nicht das Letzte: noch mehr innere Beschwingung, noch mehr übersinnlichen Abglanz, noch weitere Bewegungen und viel mehr Herz gehören dazu. Aber Frau Bahn spielte mit zarten Farben, sehr feinen Tönen und sie machte das Schwerste, das Wunder dieses tiefen, weichen Herzens zur Wirklichkeit. Alles in allem: es war kein großer, aber ein schöner und inniger Abend.

Felix Stössinger

Wie wählt man seine Zigarre? Die Zigarren werden immer teurer, und für den Raucher wird es immer wichtiger, für die großen Summen, die er zahlt, auch ein gutes Kraut zu bekommen. Da erheben sich aber allerlei Fragen, die nur ein Sachkenner beantworten kann. Ist z. B. die Güte der Zigarre aus der Asche zu erkennen? Bis zu einem gewissen Grade ja. Viele Raucher haben eine besondere Freude, wenn sie die Asche recht lange halten. Bei einer guten Zigarre ist es durchaus möglich, die Hälfte oder drei Viertel zu rauchen, ohne daß die Asche die Zigarrenform verliert. Zweifellos ist diese Dauerhaftigkeit der Aschenbildung ein Zeichen dafür, daß die Zigarre vorzüglich gearbeitet ist. Aber über die noch wichtigere Frage, ob auch der Tabak gut ist, wird damit nichts ausgesagt. Ein besseres Kennzeichen dafür ist es, wenn man die Asche abstreift und die Art des Brandes beobachtet. Je klarer und schärfer die Zigarre brennt, desto besser ist sie. Sehr häufig sucht man aus der Weiße der Asche Schlüsse auf die Güte der Zigarre zu ziehen. Aber das ist ein Fehlschluß. Die Farbe der Asche hängt nämlich von der Stärke des verarbeiteten Tabaks ab. Eine sehr milde und dabei ganz billige Zigarre wird die schönste weiße Asche geben, während eine vorzügliche starke Havanna eine schwärzliche Asche hat. Man darf auch nicht daraus, daß eine Zigarre schlecht brennt, auf schlechten Tabak schließen; sie ist dann nur entweder schlecht gearbeitet oder schlecht angezündet. Ebenso falsch ist es, die Helligkeit oder Dunkelheit des Deckblattes für die Auswahl heranzuziehen. Hellfarbige Zigarren sind aus schnellgewachsenen Blättern gearbeitet, die in wenigen Tagen künstlich getrocknet werden. Die dunkle Zigarre dagegen besteht aus Tabak, der eine sehr lange Zeit, zwischen einem halben und zwei Jahren, gereift ist. Um eine gute Zigarre richtig auszuprobieren, muß man sie langsam rauchen. Wenn man mit schnellen nervösen Zügen raucht, kann man nicht den richtigen Geschmack herausbekommen. Ebensowenig kann für die Güte einer Zigarre der bittere Geschmack maßgebend sein, den das letzte Drittel häufig aufweist. Das Nikotin drängt sich nämlich im Verlauf des Rauchens hier mehr und mehr zusammen und deshalb sollte man eine Zigarre, wenn sie anfängt bitter zu schmecken, fortwerfen.

Eine neue Konfiskation. Noch schärfer als in der sich öffentlich abspielenden Politik ist der Kampf der Reaktion gegen geistige und künstlerische Schöpfungen. Denn dieser findet im Geheimen statt. Eine herrliche Gelegenheit zur Betätigung antisemitisch-alldeutschen Hetzgeistes. Der neueste Schlag dieser Herren ist gegen den philosophischen Schriftsteller Mynona gerichtet. Gegen seine Schrift „Nur für Herrschaften. Un-Freud-ige Grotesken". Sie bildet einen Teil eines umfangreichen Groteskenbuches, das mit dem Mittel der Groteske, aber metaphysisch gerichtet, einen Angriff gegen die Freudsche Psychoanalyse führt. Die Groteske mit dem Mittel der Groteske, aber metaphysisch gerichtet, einen schauung zu bringen. Zur Verspottung der Freudschen Psychoanalyse mußte der Hergang naturgemäß umgekehrt werden. So kommt der Geschlechtsakt stets aus Zufall, als Bagatelle zustande. Immer wird auf das Metaphysische als die eigentliche schöpferische Tiefe hingewiesen. Die einzige künstlerische Ermöglichung eines sonst allerdings zotigen Werkes. Das Geschlechtliche wird aber nie breit ausgemalt, sondern nur knapp angedeutet. Aber was macht der Zensor daraus? Er ignoriert die geistige Absicht. Bedeckt gleichsam eine antike Statue bis auf das Mittelstück und schreit demonstrativ: Wie unzüchtig! Die Kunst aber an sich ist edel und dadurch wird es ihr Stoff: sie ist nie mit Absicht, aber unwillkürlich sittlich.

L. H.

Die neue Nummer der „Freien Welt", die der „Freiheit" morgen, Freitag, früh beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: F. M. Dostojewskij: Reisebilder (Schluß) — Felix Kuh: Schätzung der Arbeit im Wandel der Zeiten — Arno Nadel: Samuel oder die Königswahl — Hans Siemsen: Dressur — H. Zimmermann: Eine Zentrale des freien Volksbildungswesens — Dosio Koffler: Das Filmgenie Charlie Chaplin — Mutter und Kind — Sternenhimmel im November.

Tages-Notizen

Veranstaltungen der U. S. P. D. Elfter Distrikt. Sonnabend Herbstfest unter Mitwirkung von Dora Moran (Gesang), Alfred Beierle (Rezitation), Gela Tran (Cello), Prof. Ivor Karman (Violine), Dr. Zadel (Klavier), abends 8 Uhr, im großen Saale der Böhmischen-Brauerei, Prenzlauer Allee 242. Karten 3 M. bei sämtlichen Funktionären; außerdem in der „Freiheit"-Spedition, Greifswalder Str. 29 und bei den Genossen Meßner, Bötzowstr. 42 und Weinsche, Hufelandstr. 42. Ueberschuß zum Besten der Distriktsweihnachtsbescherung.

Eugen Bracht, ein bekannter Maler, ist gestern in Darmstadt im 80. Lebensjahre gestorben.

Urania-Sport-Filme am 18. und 21. November, Taubenstr. 48-49: Turnen, Tennis, Wassersport, Fußball, Hockey, Leichtathletik und Pferdesport. Dieses Programm wird noch durch einen Artisten-Film, einen Stierkampf und einen Polizei- und Dressur-Film vervollständigt.

Der Berliner Volks-Chor (Dirigent Dr. Ernst Zander), veranstaltet in diesem Winter für alle singenden Mitglieder unentgeltliche Unterrichtskurse in der Notenlehre, Stimmbildung und im Vomblattsingen; der Unterricht wird von Frl. Len. Frl. Pfeffer, Herrn Hartung, Herrn Rohrbach und Herrn Professor Rolle erteilt und findet vom 18. November an jeden Freitag abend von 9–10 Uhr im Andreas-Realgymnasium, Koppenstr. 76, statt. Neueintretende Mitglieder (Männer und Frauen) mit guter Stimme werden im November auch ohne Notenkenntnisse aufgenommen und können an den Kursen teilnehmen. Die Aufnahme findet in den Chorproben Freitags von 7–9 Uhr in der Aula des Gymnasiums statt; der Monatsbeitrag beträgt 1 Mark. Zuhörende Mitglieder werden jederzeit aufgenommen.

Die Eisenbahner demonstrieren!

Gegen die Entstaatlichung der Eisenbahnen

Die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes hatte zum Bußtage zu einer **Kundgebung gegen die Entstaatlichung der Eisenbahnen** aufgerufen, der die Masse der Eisenbahner geschlossen Folge leistete. Der mächtige Kuppelbau des Zirkus Busch war bis auf den letzten Platz besetzt. Das Referat hielt Genosse Willy Schulz. Nachdem er einleitend auf die Bestrebungen der Privatindustrie, sich der Eisenbahnen zu bemächtigen, hingewiesen hatte, zeigte er an Hand unwiderleglichen Zahlenmaterials, daß keineswegs

die Gehälter und Löhne der Arbeiter und Beamten

an dem Defizit der Staatsbahnen schuld sind, sondern die Mißwirtschaft und der Raubbau am rollenden Material während des Krieges. Gerade der Minister a. D. von Breitenbach, der heute gegen Achtstundentag und Löhne der Eisenbahner wettert, gerade er sei es, der schuldig zu sprechen sei. Und mit ihm die Großindustriellen, die Material- und Eisenpreise dank ihrer Monopolstellung in ungerechtfertigter Weise in die Höhe treiben. Allen interessierten Kreisen werde von der gesamten Arbeiterschaft bei ihren Bestrebungen zur

Stinnesierung der Eisenbahnen

ein energisches und warnendes **„Bis hierher und nicht weiter!"** entgegengerufen. Die Arbeiterschaft fordert die Sozialisierung und nicht eine Stinnesierung!

Nachdem der Referent unter stürmischem Beifall der Versammlung die Beamten aufgefordert hatte, ohne Rücksichtnahme auf schöne Uniform und glitzernde Litzen und Achselstücke sich bei diesem Kampfe

rückhaltlos an die Seite der Arbeiter

zu stellen, weil gerade ihnen größte Gefahr drohe, wies der Redner nach, daß sich das Defizit beseitigen lasse, wenn die maßgebenden Instanzen den Vorschlägen der Arbeiterräte und Techniker nähertreten würden. In den Verwaltungen müßten die Techniker die Oberhand erhalten.

Zum Schlusse forderte Genosse Schulz ohne Rücksicht auf politische Einstellung die

Einheitsfront der Hand- und Kopfarbeiter

im schweren Kampfe um die nackte Existenz und um die Durchführung der **10 Punkte des A. D. G. B. und des AfA-Bundes.**

Die Ausführungen des Referenten wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Einstimmig wurde folgende Resolution beschlossen:

„Die in großen Massen im Zirkus Busch aufmarschierten Eisenbahner (Beamte und Arbeiter) haben Kenntnis genommen von der im Gange befindlichen Verschacherung der Staatsbetriebe, insbesondere der Eisenbahnen, an die Großindustrie. Sie erheben ganz energischen Protest gegen die willkürliche Enteignung und Auslieferung dieses Machtfaktors Verkehr an die profitsüchtige Großindustrie, die dadurch das deutsche Proletariat noch mehr unter ihre Knute zwingen würde. Unsere maßgebenden Organisationen, Gewerkschaften wie politische Parteien, beauftragen wir, das gesamte deutsche Proletariat auf die Gefahr aufmerksam zu machen und alle Vorbereitungen zu treffen, um der Entstaatlichung der Eisenbahnen mit aller Schärfe entgegenzutreten. Wir streben als Proletarier nach der Sozialisierung und hier sehen wir eine immer mehr umsichgreifende Kapitalisierung der deutschen Wirtschaft. Wir erklären, daß wir fest entschlossen sind, bei eventueller Durchführung jenes Planes des Reichsverbandes der Industrie

sofort mit dem Generalstreik

zu antworten. Um den durch die Schuld der Kriegshetzer uns auferlegten Forderungen der Wiedergutmachung nachzukommen, fordern wir die Erfassung der Gold- und Sachwerte, damit die tatsächlich Schuldigen an unserem Elend die Last allein tragen."

Alsdann formierten sich die Versammlungsteilnehmer zu einem imposanten Demonstrationszug, der sich unter Meidung der Bannmeile nach dem Dönhoffplatz bewegte.

Genossen Schulz und Geschke hielten kurze Ansprachen. Die Zustimmung und die empörten Zwischenrufe der Demonstranten waren ein Beweis für ihre feste Entschlossenheit, jedem Versuch des Privatkapitals, die Hände nach den Eisenbahnen auszustrecken, mit rücksichtsloser Entschiedenheit entgegenzutreten. — Stinnes und Konsorten mögen gewarnt sein.

*

Die Arbeitsgemeinschaft tagt heute

Dienstag vormittag waren die großen Eisenbahnerorganisationen zu Besprechungen unter Teilnahme Minister Gröners über die Entstaatlichungsfrage in das Reichsverkehrsministerium geladen. Die Besprechungen werden Donnerstag fortgesetzt. Am Nachmittag waren der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring in der Zentralarbeitsgemeinschaft zusammen. Die entscheidenden Besprechungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern werden am **nächsten Donnerstag in der Zentralarbeitsgemeinschaft** stattfinden.

Bei alledem verstehen wir nur nicht, inwiefern und wofür die Besprechungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft „entscheidend" seien. Für die Haltung der Arbeiterschaft sind sie es bestimmt nicht, und die Industrie wird auf die „Entscheidungen" dieser Körperschaft pfeifen, wenn sie ihr nicht genehm sind. Uns erscheinen diese Beratungen nicht nur nicht entscheidend, sondern höchst überflüssig. Denn in dieser Frage steht Macht gegen Macht, und da hilft kein Harmonieverein.

Vor der Wahl des Vorstehers

Zur heutigen Stadtverordnetenversammlung

In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers statt.

Wie eine bürgerliche Korrespondenz meldet, hat die Frage der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers sämtliche bürgerlichen Fraktionen am Dienstag bis in die späten Abendstunden beschäftigt. Nach längeren Verhandlungen der Fraktionsführer und nachdem die S. P. D.-Fraktion es abgelehnt hatte, sich mit den nicht sozialistischen Parteien über einen gemeinsamen Vorsteherkandidaten zu verständigen, wurde von allen bürgerlichen Fraktionen der Volksparteiler Dr. Caspari als Kandidat für die heutige Vorsteherwahl benannt.

Vor ihm war bereits der frühere Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz als Kandidat des Bürgerblocks aufgestellt worden, der aber zur Bedingung machte, daß auch die Mehrheitssozialisten für ihn stimmen müßten, wenn er annehmen solle. Da die letzteren die Politik der großen Koalition, die ihnen sonst so lieblich eingeht, vorläufig wenigstens noch nicht im Roten Hause zu praktizieren gedenken, schied die Kandidatur Scholz wieder aus. Der von der mehrheitssozialistischen Fraktion nominierte Franz Krüger wird sich also dem Gegenkandidaten Caspari gegenüber finden, der, wenn die bürgerlichen Parteien vollzählig und geschlossen für ihn stimmen sollten, eine schwache Mehrheit erreichen würde. Die bürgerlichen Fraktionen entfalten eine rührige Agitation, um alle ihre Leute für Caspari mobil zu machen. Nichts desto weniger steht die Kandidatur des Volksparteilers nicht auf allzu festen Füßen. Ueberraschungen sind nicht ausgeschlossen.

Daß die sozialistischen Fraktionen die Pflicht haben, mindestens dieselbe Aktivität aufzubringen wie die bürgerlichen Parteien, versteht sich von selbst. Niemand darf heute fehlen!

Weitere 600000 Mark zur Milchverbilligung

Die Stadt gewährt bei wirtschaftlicher Notlage für Schwangere (3 Monate vor der Entbindung bis zur Entbindung) und für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre einen Milchgeldzuschuß von täglich 30 Pfg. bzw. 45 Pfg. Seit dem 1. März hat die Stadtverordnetenversammlung zu diesem Zwecke 2 950 000 M. bewilligt, die inzwischen verausgabt sind. Wegen Bewilligung der Mittel bis zum 1. Oktober 1921 ist der Stadtverordnetenversammlung bereits eine Vorlage über sechshunderttausend Mark zugegangen. Zur Durchführung der Milchverbilligung bis zum 31. März 1922 hat der Magistrat beschlossen, den Betrag von weiteren sechshunderttausend Mark bereitzustellen, und der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Vorlage eingereicht. Vom 1. April 1922 ab, werden die Geschäfte der Milchverbilligung auf die Bezirke übergehen, die auch die Mittel durch ihre Etats anfordern werden.

Koalitionspolitik, Teuerung, Steuern

Die mit der obigen Tagesordnung für den gestrigen Bußtag einberufenen öffentlichen Versammlungen der U. S. P. D. hatten alle einen überaus starken Besuch aufzuweisen. Die Versammlungen verliefen sachlich und ruhig und die Teilnehmer stimmten den Ausführungen der Referenten vollinhaltlich zu. Wir geben nachstehend einzelne gedrängte Berichte:

Brauerei Königstadt.

In der Brauerei Königstadt sprach in einer gutbesuchten Versammlung der Genosse **Breitscheid.** Er kennzeichnete in seinem Referat vortrefflich die politische und wirtschaftliche Lage. Eine lebhafte Diskussion setzte ein, an der sich auch Kommunisten beteiligten, die sich mit den Ausführungen des Referenten im wesentlichen einverstanden erklärten. Im Schlußwort betonte Genosse Breitscheid ganz besonders, daß das Proletariat vor einem Wendepunkt steht und den Kampf in geschlossener Genosse Breitscheid ganz besonders, daß das Proletariat vor nationale revolutionäre Proletariat wurde die Versammlung geschlossen.

Prachtsäle des Ostens.

In den Prachtsälen des Ostens sprach vor überfüllter Versammlung der Genosse **Künstler.** Unter stürmischem Beifall führte er aus, wie dieselben Parteien, die während des Krieges im Falle des deutschen Sieges die Besitzergreifung von fremden Länderstrichen forderten, heute in nationaler, moralischer und sittlicher Entrüstung Front gegen die Entente machen. Die Rechtsschwenkung weiter Wählermassen bei den letzten Wahlen ließ jenen Parteien den nationalen Kamm außerordentlich anschwellen. Um die durch ihre traurige soziale Lage empörte Arbeiterschaft einfangen und betören zu können, soll die nationale Verhetzung in erster Linie dazu dienen, unter Hinweis auf die Forderungen der Entente — sowie der Teuerung und der Arbeitslosigkeit — die erregte Arbeiterschaft abzulenken von ihren einheimischen Ausbeutern und Unterdrückern.

Die Klassengegensätze treten immer schärfer zutage. Just in demselben Augenblick, wo das Proletariat als Klasse sich rüsten sollte, um aus dem Selbsterhaltungstrieb heraus den Kampf zu führen gegen seine Unterdrücker, ist die „große Koalition" von den Rechtssozialisten bis zur Deutschen Volkspartei gebildet worden. In Kassel und noch vor Görlitz wurde die Deutsche Volkspartei nicht als bündnisfähig angesehen. Die Politik der Rechtssozialisten ist für die gesamte Arbeiterschaft eine Judastat.

In den bevorstehenden großen Kämpfen gegen die Teuerung und die Belastung durch neue Steuern wird das Proletariat nicht nur für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten haben, sondern im Vordergrund muß die **Erfassung der Gold- und Sachwerte** als erreichbares Ziel stehen.

In der Diskussion sprach ein Kommunist sowie der Vertreter der Arbeitsinvaliden. Die Gesangsabteilung der U. S. P. leitete die Versammlung mit einem Kampfliede ein und die machtvolle Kundgebung fand durch einen Gesangsvortrag ihren Abschluß.

Pharus-Säle

Vor einer sehr gut besuchten Versammlung referierte Genosse **Dr. Moses.** Der Referent schilderte die scharfen Gegensätze, die zwischen den einzelnen Bevölkerungsklassen klaffen. Hie Besitzende — hie Besitzlose. Einerseits Schwelgen und Prassen, andererseits wird das Proletariat durch eine seit 1914 datierende verbrecherische Ernährungspolitik immer mehr entkräftet. Redner schildert weiter die durch die Treibereien der deutschen Prozentpatrioten verursachte nie erlebte Teuerungswelle. Diese „Vaterlandsliebenden" rechnen schon jetzt auf den Devisenbedarf der Regierung zur nächsten Zahlung der Reparationssumme. Durch diesen „Patriotismus" wird eine Blockade über Deutschland verhängt, welche weit opferreicher, furchtbarer ist, als die während des Krieges.

Genosse Moses übte scharfe Kritik an der S. P. D. mit ihrem Görlitzer Beschluß — Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei. In Preußen hatte man nichts eiligeres zu tun, als diesen Beschluß in die Tat umzusetzen. Eine Arbeiterklasse, die sich derart offen ihren Klassenfeinden preisgibt, unterschreibt ihr eigenes Todesurteil. Wir müssen die Träger dieser Zeit sein.

Eingehend schildert Gen. Moses das Arbeitslosenelend und die bevorstehende Plünderung der Massen durch neue Steuern, weil die Besitzenden gutwillig kein Geld herausrücken wollen.

In der Diskussion versuchte in langatmigen Ausführungen eine K. A. P.-distin für ihre weiterlöschenden Parolen Stimmung zu machen, rief aber mit ihrem Geschwätz oft den Unwillen der Versammlung hervor. Ein K. P. D.-Redner erklärte — im Gegensatz zur „Roten Fahne" — **daß die U. S. P. D. keine Koalitionspolitik treibe.** Er wünscht eine Einheitsfront zwischen U. S. P. D. und K. P. D.

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der die Arbeiterparteien und den A. D. G. B. auffordert, **ernste Schritte zu unternehmen, und die Arbeiter zu Massenaktionen zu führen, um der unerträglichen Not des Volkes ein Ende zu machen.**

Kliems Festsäle

Einen glänzenden Verlauf nahm die Versammlung in Kliems Festsälen. Der große Saal war gut gefüllt und mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Versammelten den Ausführungen des Genossen **Rosenfeld.** Der heutige Buß- und Bettag soll ein Tag der Aufrüttelung des Proletariats sein. Wir müssen den Proletariern klar zeigen, daß eine Regierung zwischen bürgerlichen und sozialistischen Parteien nicht der Weg ist, der zur Befreiung des Proletariats führt. Für die U. S. P. D. kommt eine Koalition mit der Bourgeoisie und dem Kapital nicht in Frage. (Starker Beifall!) Der Redner schilderte anschließend, daß der Schritt, den die S. P. D. in Preußen tat, nur die Folge ihrer bisherigen Politik ist. Die U. S. P. D. wird sich nur an einer reinsozialistischen Regierung beteiligen. Dazu bedarf es aber der Mitwirkung aller Arbeiterparteien und es ist ein falsches Spiel, wenn die K. P. D. wohl die Bildung einer sozialistischen Regierung will, aber selbst nicht die Verantwortung übernehmen will.

Nach diesen mit großem Beifall aufgenommenen Worten sprach sich ein Kommunist für die Aktion der Massen aus und gab den Führern Schuld an den Mißerfolgen des Proletariats. Genossin Wurm kennzeichnete die Hinterhältigkeit dieser kommunistischen Taktik, während Genosse Regge für eine gemeinsame Aktion der Gewerkschaften und der politischen Parteien gegen die Teuerung eintrat.

Einstimmig fand eine Resolution Annahme, die von der Partei sowie den Gewerkschaften die Einleitung einer außerparlamentarischen Aktion zur Durchführung der vom A. D. G. B. aufgestellten Forderungen verlangt. Mit einem brausenden Hoch auf die U. S. P. D. wurde die Versammlung, die einen vollen Erfolg für die Partei bedeutet, geschlossen.

Moabiter Gesellschaftshaus.

Im Moabiter Gesellschaftshaus sprach in gut besuchter Versammlung die Genossin **Zietz.** Sie geißelte mit trefflichen Worten die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten mit den Bürgerlichen. Nur die Sehnsucht nach den Ministersesseln hat in Preußen die Rechtssozialisten in die Arme der D. V. getrieben, und es ist typisch, daß der Ministerpräsident Braun der D. V. lieber war als ein Demokrat. Die Referentin kam dann auf die jetzige Teuerungswelle zu sprechen, die alle Waren sprungweise in die Höhe getrieben hat. Am meisten muß das arbeitende Volk darunter leiden, da die allernotwendigsten Lebensmittel, wie Kartoffeln, Fett, Margarine, Milch usw. eine Preishöhe erreicht haben, daß sie nicht mehr zu bezahlen sind. Aber damit ist die Reaktion noch nicht zufrieden, sie will nun auch noch Kohlen und Mieten in die Höhe treiben und Post und Eisenbahn an sich reißen.

Um der allgemeinen Not ein Ende zu bereiten, bedarf es aber der Einheitsfront aller Arbeiter. Nicht Raubzüge auf Läden wie in Neukölln bringen uns unserem Ziel näher, sondern wahrer Sozialismus, der sich darin zeigt, daß wir die politische Macht erobern und die Arbeiterschaft auf dem Boden des Klassenkampfes sammeln. Reicher Beifall belohnte die Referentin für ihre vortrefflichen Ausführungen.

In der Diskussion versuchten einige Kommunisten ihre Redensarten an den Mann zu bringen. Der Referentin war es ein leichtes in ihrem Schlußwort, diese Machenschaften zu widerlegen. Mit einem Hoch auf die revolutionäre, internationale Arbeiterbewegung schloß die Versammlung.

Zum amerikanischen Geschäftsträger in Deutschland ist der bisherige amerikanische Beauftragte in Berlin, Dresel, offiziell ernannt worden. Der Botschafter für Deutschland wird, wie von amerikanischer Seite amtlich gemeldet wird, noch vor Schluß der Woche vom Präsidenten ernannt werden.

Zum Vorsitzenden für die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Oberschlesien ist vom Völkerbundsrat der ehemalige Präsident des schweizerischen Bundesrats, Calonder, bestimmt worden. Die Verhandlungen werden in Genf in einigen Tagen beginnen.

Der Tote im Kornfeld

Verhaftung und Geständnis des Täters.

In einem Kornfelde bei Prangschin, unweit Danzig, wurde am 28. Mai d. J. die Leiche eines Mannes aufgefunden, der, wie sich trotz der vorgeschrittenen Verwesung erkennen ließ, ermordet und beraubt worden ist. Auf Veranlassung der Danziger Polizeibehörde fahndete auch die hiesige Kriminalpolizei auf den Täter und gestern gelang es ihr, den Täter zu ermitteln, festzunehmen und auch zu einem Geständnis zu bewegen. Es handelt sich um einen 23 Jahre alten früheren Heizer Otto Rathke, der aus Praust bei Danzig stammt und der sich schon längere Zeit unter dem Namen Max Polenz in Berlin aufgehalten hatte. Er hatte hier Anschluß an die Kreise anormal veranlagter Männer gefunden und sich durch seine großen Geldausgaben, besonders aber durch seine Dollarverkäufe verdächtig gemacht.

Nach einem scharfen Verhör gestand Rathke dann, den Mann ermordet und beraubt zu haben. Nach seiner Darstellung habe er ihn, der keine einwandfreien Papiere bei sich geführt habe, über die „grüne" Grenze führen wollen. Unterwegs seien sie in Streit geraten und er habe im Ringkampf zu seiner Schußwaffe gegriffen und den Mann erschossen. Dann erst sei er auf den Gedanken gekommen, sich des Geldes zu bemächtigen, das der Fremde bei sich trug. Es waren seiner Angabe nach 1200 Dollar, außerdem hätte er noch Uhr und Kette mitgenommen. Im ganzen will er dafür etwa 90 800 M. erhalten haben. Der Befund läßt jedoch einwandfrei erkennen, daß der Mörder sein Opfer in das Kornfeld gelockt, dort vorsätzlich niedergeschossen und dann völlig ausgeplündert hat. Wer der Ermordete ist, steht noch nicht bestimmt fest.

Ein Mordgerücht erregte vorgestern in Moabit großes Aufsehen. In der Lehrter Straße sollte eine Greisin ermordet und beraubt worden sein. In dem Hause 26a wohnt die 78 Jahre alte Rentnerin Frau Marie Wendisch für sich allein; man hatte sie seit Montag nicht mehr gesehen. Der Verdacht, daß sie einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei, gab Veranlassung, die Kriminalpolizei zu benachrichtigen. Die Ortsbesichtigung ergab zunächst ein Bild, das auf einen Mord schließen ließ. Die Greisin lag in voller Kleidung auf einem Ruhestuhl, aus einer Kopfwunde war Blut geriesselt, dessen Spur von dem Stuhl bis auf den Wohnungsflur führte. Es schien also, daß die alte Frau auf dem Flur erschlagen und daß die Leiche nach dem Wohnzimmer getragen worden sei. Hierzu kam, daß zwei Vorderzimmer mit Gas angefüllt waren. Gegen ein Verbrechen sprach jedoch der Umstand, daß in der Wohnung nichts berührt war. Die Untersuchung der Leiche durch den Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch beseitigte denn auch den Verdacht. Die Greisin ist wahrscheinlich infolge der Kopfverletzung gestorben, die jedoch nicht von fremder Hand herrührt.

Erneute Plünderungen in Neukölln. Nachdem vorgestern nachmittag durch das Eingreifen der Schutzpolizei und den verstärkten Patrouillendienst den Plünderungen der Neuköllner Geschäfte Einhalt geboten worden war, kam es abends zu erregten Ausschreitungen. Etwa hundert Personen, meistenteils Arbeitslose, drangen in die Filiale der Großhandelsgesellschaft, Siedlung Dammweg, ein und raubten alles, was sie an Wurst- und Fleischwaren sowie anderen Lebensmitteln fanden. Der Gesamtschaden, der durch die bisherigen Plünderungen entstanden ist, beträgt nach oberflächlicher Schätzung etwa 50 000 Mark.

Das letzte Opfer des Wannseeunglücks geborgen. Den Bemühungen der Abteilung Potsdam des Reichswasserschutzes ist es gelungen, vorgestern auch die letzte Leiche der bei dem Dampferzusammenstoß auf dem Wannsee ertrunkenen Personen zu bergen. Die Tote ist die 38 Jahre alte Kontoristin Emmy Lorent aus der Kreuzbergstraße 28, die an der Landungsbrücke Haveleck herausgefischt wurde. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in Wannsee geschafft.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag. Ein wenig kälter, zeitweise etwas aufklarend, aber noch überwiegend trübe und neblig, ohne erhebliche Niederschläge. Ziemlich frische östliche bis nordöstliche Winde.

Gewerkschaftliches

Unabhängige Gewerkschaftspolitik

Der „Vorwärts" berichtet in seiner Mittwoch-Morgennummer von einer Fraktionsversammlung der S. P. D.-Metallarbeiter. Behandelt wurde das Problem „Unsere Aufgaben nach Jena und unsere Stellung in der Berliner Ortsverwaltung". Die Ausführungen mündeten in den Wunsch aus, nur eine **gerechte Vertretung** zu erhalten, die Fraktion zu verstärken und an den bevorstehenden Delegiertenwahlen zur örtlichen Generalversammlung sich lebhaft zu beteiligen. Weiter heißt es: „Was auch gegen die Unabhängige Ortsverwaltung gesagt werden mag, **so sei doch anzuerkennen, daß sie es verstanden hat, die Berliner Organisation wieder in den sicheren Hafen zu lenken, wo jetzt die notwendigen Reparaturen vorgenommen werden können."**

Unsere Genossen im Metallarbeiter-Verband, die unter unglaublichen Schwierigkeiten das Verbandsschiff in Berlin lenkten und gegen die Wogen von links und auch von rechts ankämpfen mußten, widerfährt hier Gerechtigkeit und Anerkennung, die wir hier festhalten wollten.

Ein brutaler Unternehmer

Der Inhaber der Schokoladen- und Konfitüren-Fabrik G. Cyliax, Berlin N 37, Schwedter Str. 35a, Herr Gustav **Cyliax**, hat seinem arbeiterfeindlichen Verhalten jetzt die Krone aufgesetzt. Die schwachen Versuche des Arbeiterrats der Firma, in die rückständigen Verhältnisse des Betriebes einigermaßen Ordnung zu bringen, waren ihm schon von jeher ein Gräuel. **Beleidigungen und Gehässigkeiten** von seiner Seite, besonders dem **Arbeiterobmann** gegenüber, waren nichts Neues. Anfang September machte der Betriebsratsvorsitzende, der gleichzeitig Arbeiterobmann ist, den Inhaber der Firma auf verschiedene Dinge aufmerksam. Anstatt dem Betriebsrat bei Beseitigung dieser Zustände behilflich zu sein, verfügte der Fabrikant die **sofortige Entlassung** des Arbeiterobmanns und zwar wegen Beleidigung der Firma. — Das Gewerbegericht, in dieser Sache angerufen, fällte am 4. November einen Urteilsspruch dahingehend, daß die Entlassung **ungerechtfertigt**, dieselbe also zurückzunehmen sei.

Als der Obmann sich am andern Morgen zwecks Wiederaufnahme seiner Tätigkeit einfand, wurde er vom Unternehmer vom Grundstück verwiesen. Eine Betriebsversammlung der Belegschaft von etwa 300 Personen sprach dem zu Unrecht Entlassenen **einstimmig ihr Vertrauen** aus und verlangte in einer Resolution an den Chef der Firma, die Wiedereinstellung des Gemaßregelten.

Der Ritterguts-, Fabrikbesitzer und Inhaber von etwa 70 eigenen Filialen, Herr Cyliax, **ignoriert** aber nicht nur den Richterspruch, sondern auch das Votum der Belegschaft. Da die Justiz in Deutschland bekanntlich als heilig gilt, und ihre Profanierung geahndet wird, sind wir begierig, zu erfahren, was man mit diesen renitenten Protzen machen wird.

Einstweilen empfehlen wir der Arbeiterschaft, Cyliax's Produkte **besonders zu** — bevorzugen ...

An die AfA-Kaufmannsgerichtsbeisitzer!

Wegen der Verlegung der Sitzungen der Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Angestellten auf Freitag kann die ursprünglich für den 18. d. M. vorgesehene zweite Zusammenkunft der AfA-Kaufmannsgerichtsbeisitzer nicht stattfinden. Der Ausschuß wird einen neuen Tag festlegen und näheres demnächst durch Rundschreiben und durch die Arbeiterpresse bekanntgeben.

AfA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Der Ausschuß der AfA-Beisitzerschaft des Kaufmannsgerichts Berlin

Lohnbewegung der Handelshilfsarbeiter im Textilgroßhandel. In einer stark besuchten Versammlung nahm die Arbeitnehmerschaft Stellung zu neuen Lohnforderungen. In erregter Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß die bisherigen Lohnsätze keineswegs den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen, daß die Beschäftigten trotz **allergünstigster Konjunktur** und den Riesengewinnen innerhalb der Branche in Not und Sorge leben müssen. Die Vorschläge der Sektionsleitung wurden **verworfen** und darüber hinausgehende Sätze in Vorschlag gebracht. Die Organisation wurde verpflichtet, für alle männlichen Arbeitskräfte 500 Mark, für weibliche und jugendliche dementsprechende Wochenlöhne zu verlangen. In einer Resolution wurde verlangt, daß die Gewerkschaften mit allen Mitteln, evtl. durch Proklamierung des Generalstreiks, die Regierung zwingen sollen, geeignete Schritte zu unternehmen, um einen **Abbau der Lebensmittelpreise** usw. durchzuführen.

Beendigung des Streiks in der genossenschaftlichen Teigwarenfabrik. Durch Vermittlung des ADGB. wurde am 8. November mit den Vertretern der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren im Beisein des Genossen **Graßmann** der Streik **beigelegt** und Vereinbarungen getroffen. Die Arbeit wurde am 10. November geschlossen aufgenommen.

Zum Streik bei der Reichsversicherungsanstalt. Durch einen ausführlichen Bescheid des Herrn Reichsarbeitsministers **Brauns** an die Streikleitung ist der Streik an einem Wendepunkt angelangt. Da der Anlaß des Streiks durch die endlich erfolgte Entscheidung gegenstandslos geworden ist, wird die Wiederaufnahme des Dienstes in der heute früh um 10 Uhr in den Kammersälen, Teltower Str. 1-4, stattfindenden Versammlung höchstwahrscheinlich beschlossen werden. Vor Beginn der Versammlung wird am Saaleingang der erwähnte Bescheid den Streikenden in Abdrucken zugänglich gemacht, damit sie eine klare Entscheidung treffen können.

Aus dem Versicherungsgewerbe. Vom Zentralverband der Angestellten wird uns mitgeteilt: Die Gehälter der Provisionsgeneralagenturangestellten sind durch eine Vereinbarung im Reichsarbeitsministerium ab 1. 9. d. J. **neugeregelt** worden. Sie erhalten die **gleichen** Bezüge wie die Direktionsangestellten.

Parteiveranstaltungen

Kinderschutzkommission Groß-Berlin (alle 20 Verwaltungsbezirke). Ausschuß-Sitzung, Freitag, den 18., nachm. 6 Uhr pünktlich, Breite Str. 8-9, Hof part. links. Äußerst wichtige Tagesordnung und Stellungnahme zur Frauenkonferenz. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein.

Landagitationskommission. Sonnabend, 19. November, abends 7 Uhr, Sitzung in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9. Erscheinen aller Obleute dringend notwendig. Besonders die Distrikte 1, 2, 4, 5, 7, 8, 11, 12, 15, 17, 18, die am 3. November nicht vertreten waren, sowie die Verwaltungsbezirke 8, 9, 10, 11, 12, 15, 16, 17, 18, 19, 20 wollen für Vertretung Sorge tragen.

2. Distrikt. Die Bezirksführer werden ersucht, die Eintrittskarten zum 20. November, die noch nicht verkauft sind, sofort zurückzugeben, da noch starke Nachfrage herrscht.

3. Distrikt. Die Karten zum Kammermusikabend zum 20. November sind bis Sonnabend an die Abteilungskassierer abzurechnen.

Lichtenberg Stadt und Land. Anmeldungen zur Jugendweihe für Frühjahr 1922 sind schon jetzt an eine der folgenden Adressen zu richten: Kästner, Schoenweberstraße 32, Geipke, Kronprinzenstr. 67, Werner, Wilhelmstr. 5, Richter, Göbelstr. 72, Löwe, Kaulsdorf, Dohlstr. 10.

12. Distrikt. Die Genossen, welche arbeitslos sind, müssen ihre Kinder sofort ihrem Bezirksführer melden zwecks Weihnachts-Bescheerung. Die Bezirksführer geben die Adressen weiter an Genossin Müller, Kopenhagener Str. 5.

Donnerstag, 17. November

17. Bezirk Lichtenberg. Vollversammlung der Kommunalen Kommission und Fraktion. Tagesordnung: Aufstellung der Bürgerdeputierten. Stellungnahme zu den Richtlinien. Erscheinen aller ist Pflicht.

Charlottenburg. Die Mitgliederversammlung findet nicht heute, sondern erst Dienstag statt.

Freitag, 18. November

2. Distrikt. 2. Abteilung. Umständehalber findet unsere Versammlung nicht heute, sondern erst Dienstag, 22. November, abends 7½ Uhr, bei Büttner, Schwedter Str. 23, statt. Die Bezirksführer werden gebeten, einzuladen.

3. Distrikt, 2. Abteilung. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, Bockhütte, Bergstraße. Referat über die Tagesordnung zum Parteitag und Wahl eines neuen Abteilungsleiters. Einladen.

8. Distrikt. 1. Abteilung. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula, Müller-, Ecke Triftstraße. 1. Referat. 2. Stellungnahme zum Parteitag. 3. Verschiedenes. Die Gruppenführer laden hierzu besonders ein. Mitgliedsbuch legitimiert.

8. und 9. Distrikt. Bildungskommission. Abends 7 Uhr gemeinsame Sitzung bei Barichen, Wildenowstr. 13.

10. Distrikt. 2. Abteilung. Abends 7½ Uhr Funktionärkonferenz bei Fritsch, Drontheimerstr. 4.

11. Distrikt, 5. und 6. Abteilung. Die am Montag ausgegebenen Revolutionsbilder sind heute beim Genossen Woiwode, Hufelandstr. 42, abzurechnen. Unverkaufte Bilder werden nicht zurückgenommen.

14. Distrikt. Abends 7 Uhr Kommunale Kommission und Elternbeiräte bei Büttner, Schwedter Str. 23.

14. Distrikt. Abends 7 Uhr bei Büttner, Schwedter Str. 23, Vortrag der Genossin Kl. Weyl: Jugendfürsorge. Kein Mitglied darf fehlen.

14. Distrikt. Der zum 18. November festgesetzte Leseabend findet erst am 21. November, Schönhauser Allee 166a, statt. Referentin Genossin Seeger.

18. Distrikt (Kreuzberg). Agitationskommission. Abends 7½ Uhr Sitzung bei Bieler, Dieffenbachstr. 76.

Distrikt Spandau. Bildungskommission. Abends 8 Uhr beginnen die Kurse über Wissenschaftl. Sozialismus in der Knabenmittelschule, Joachimplatz.

Kinderschutzkommission. Nachm. 4½ Uhr Ausschußsitzung im Bureau der Kinderschutzkommission, Breite Str. 8-9. Wichtige Tagesordnung. Im Verhinderungsfalle ist Vertretung erforderlich.

U. S. P. D.-Straßenbahner. Die Eintrittskarten für die Proletarischen Feierstunden müssen am Freitag abend 6 Uhr mit dem Genossen Tappert abgerechnet werden. Treffpunkt: Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9.

Vereinskalender

Freitag, 18. November

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche der Apothekenarbeiter. Laboranten, Apothekenarbeiter und -arbeiterinnen, Laufburschen usw. Abends 7½ Uhr allgemeine Versammlung im Lokal von Karl Witte, Poststr. 20.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Nachm. 3½ Uhr im Restaurant des Gewerkschaftshauses Versammlung der Betriebsräte aller Branchen. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig.

Mieter-Schutzverband „Berlin", N. 58, Treskowstr. 18. Abends 7 Uhr große Mieter-Protestversammlung in der Böhmischen Brauerei, Prenzlauer Allee.

Zentralverband der Angestellten. Privatversicherung (Banken). 6 Uhr Mitgliederversammlung im Verbandslokal, Belle-Alliance-Str. 7-10. — Seifen-Kleinhandel. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. — Spedition. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Bockbrauerei, Fidicinstr. 2-3.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: **Leo Liebisch**, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: **E. Rudner**, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: **Ludwig Kameriner**, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne
Zum 1. Male:
6¾ Uhr: König Lear

Neues Volkstheater
Köpenicker Str. 68.
7½ U.: Jugendfreunde

Staatstheater.
Opernhaus
7½ Uhr: Mignon
Schauspielhaus
7½ Uhr: Peer Gynt

Wallner-Theater
Täglich 7.30 Uhr
Nixchen

Komische Oper
7½ allabendlich 7½
Die große Ausstattungs-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Theater am Nollendorfplatz
Die Ehe im Kreise

Walhalla-Theater
½8 Uhr:
Jung muß man sein

TRIANON-THEATER
Tägl. 7½ U.: Ida Wüst
in Lady Windermeres Fächer

Direkt.: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7½ Uhr: Louis Ferdinand Prinz von Preußen

Kammerspiele
8 Uhr: Der Hühnerhof

Großes Schauspielhaus
Karlstraße
7: Götz v. Berlichingen

Theater i. d. Königgrätzer Str.:
7.30: Manon Lescaut
(Orska, Janssen, Niemann)
Freitag: Zum 1. Male:
Hidalla
(Der Zwergriese)
von Frank Wedekind
(Harlan, Charl. Schultz, Niemann)

Komödienhaus:
7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue
(Gläßner, Richard, Engl, Pröckl, Sticha)

Berliner Theater:
Abends 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala
Fritzi Massary a. G.
Ralph Arthur Roberts, Pepi Zampa, Herb. Kiper

Residenz-Theater
7 Uhr: Zum 1. Male:
Das weite Land

Kleines Theater
½8 Uhr: Carola Toelle in
Frl. Josette — meine Frau

Theater des Ostens
7½ Uhr:
Fidele Brüder

7½ **Casino-Theater** 7½
Der Weg zum Glück
Stg. 3½ Uhr: Pantoffelheld

81 Apollotheater 81
Friedrichstraße 218
Unter persönlicher Leitung des Komponisten
Paul Lincke
FRAU LUNA
Ausstattungsoperette

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Mpl. 10077
Tägl. 7½ Uhr u. Stg. nachm. 3 U.
Elite-Sänger
Sonnabend 3½ Uhr Gastsp. d. Luis.-Th.
Kinder-Märchen-Vorstellung:
Schneewittchen
Halbe Preise
Vorverkauf 11-1½ und 4-6

Circus Busch
Tgl. 7½, Stg. auch 3 U.
Eine neue Circus-Sensation!
Der tollkühne
Camillo Mayer als
Napoleon auf dem Turmseil
Außerd.: Luft-Ballett.
Die Schlange d. Dorga m. Paula Busch pers.

8 Uhr **SCALA**
11 Künstlertruppen

METROPOL VARIETÉ
Behrenstraße 54.
8 Uhr:
11 Sensationen 11

Geöffnet 9-7
Auf Teilzahlung Anzüge
Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Raglans,
Maßarbeit, usw. Sachen
Bequ. diskrete Ratenzahl.
Leiser Gottlieb
Nollendorfstr. 22a
II. Etage (a. Nollendorfpl.)
Sonntags 9-1

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Krausen 22 M.
Portorico . . . 23 M.
Gold Shag . . . 27 M.
Rund Gr. Hamburger Straße 1. I

Billig
Röcke, Blusen, Kleider, Mäntel, Strickjacken, eleg. Ballkleider
STREHLOW
Treskowstr. 21
am Wörtherplatz.

Hautjucken
Hautausschlag, Art Krätze, beseitigt das schnell heilende Mittel
Peruviania
Sicherster Erfolg, leichte Anwendung. 1 Person 10 Mk., 2-3 Personen 15 Mk. franko.
Schalda-Werke, Essen I
Vereinsstraße 28

Pfandscheine, Brillanten
Gold, Silber (Bruch)
Platin, Zahngebisse
Zahn 10-150 Mark
Prismen-Feldstecher
Ankauf zum Auslandskurs
Einwechseln v. ausländ. Gold- u. Silbermünzen
Kurt Kehlert, Berlin
Lothringer Str. 34

Asthma
mit Lungenanfällen und starker Verschleimung findet wirks. Hilfe durch Reichels echte Asthmatropf., berühmt durch ihre Wirkung. Gl. glänz. Erfolge.
Otto Reichel, Berlin 48, SO. Eisenbahnstr. 4

Altmetalle
unübertreffbare Preise zahlt
Badstraße 34, Hof.

Gold-, Silber-, Platin- Bruch
kauft
Silber-Zentrale
Gotzkowsky-Straße 13

Altmetalle
kauft zu hohen Preisen
Gebhaar,
SO, Waldemarstraße 61.

Altmetalle
jeden Posten, kauft zu höchsten Tagespreisen
Strausberger Str. 24 I. Keller

Altmetalle
zahle hohe Preise. Oderberger Str. 1. Reinickendorfer Str. 107, 1. Hof. Ra...

Wichtig für jeden Arbeitnehmer!
Reichs-Einkommensteuer
Lohnsteuer
Abzug vom Arbeitslohn
Von **Eugen Prager**
mit
Tabellen, Beispielen und Erläuterungen
Preis 4.— Mark
Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 • Breite Straße 8—9

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 8714

Am Freitag, den 18. November
abends 8 Uhr
im Berliner Klubhaus, Ohm-Straße 2
Versammlung
der Fachgruppe der Uhrmacher im Handwerksbetrieb (Verein Berliner Uhrmachergehilfen von 1879)
Tagesordnung:
1. Neuwahl der Gruppenleitung und der Kommission
2. Verbandsangelegenheiten
3. Verschiedenes
Die Ortsverwaltung.

Botenfrauen sofort gesucht
„Freiheit"-Ausgabestelle
Charlbg., Wallstraße 4
Spedition Kitzerow
Lübecker Str. 16
Tour: Wilsnacker Str. — Kirchstr. — Hansaviertel
Spedition Krüger
Neukölln, Emser Straße 32
Spedition Greulich
Marienfelde, Berliner Straße 143

Stürmischer Erfolg
Walhalla-Theater
Täglich 8 Uhr:
Jung muß man sein
Operette in 3 Akten v. Leo Leipziger u. Erich Urban
Musik von
Jean Gilbert
Else Böttcher a. G., Grete Sellin, Maria Grimm Einödshofer, Sophie Kaniss, Martha Winter
Alfred Läufner a. G., Theo Lucas a. G., Harry Collin, Karl Neisser, Hans H. Zerlett
Inhaber dieses an der Kasse (nur an der Abendkasse)
50 Prozent Ermäßigung
für 1—4 Personen gültig.
Schlager auf Schlager

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages. Geschäftsstelle Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto. Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Verkäufe

Anzüge, Schlüpfer, Ulster 150.—, Gummimäntel, elegante Damenmäntel 275.—, Pelzfüchse 185.— usw. Riesenauswahl zu fabelhaft billigen Preisen in besten Qualitäten. Keine Lombardware. Leihhaus Bozhagener Str. 47, Lichtenberg.

Central-Leihhaus, Jägerstraße 71, Ecke Kanonierstraße, täglicher Verkauf von hocheleganten Anzügen, Cutaways, Empfangs- und Frackanzügen von 150 Mark an. Schlüpfer, Raglans zu spottbilligen Preisen. Keine Lombardware.

Halbumsonst! Kreuzfüchse 90.— an, Rotfüchse 70.—, Zobelfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzwaren zu Schleuderpreisen. Pelzvertrieb Kottbuser Damm 2, neben Jandorf.

Graufuchs 500.—, seltenes schönes Exemplar, außerdem sibirischer Kreuzfuchs 650.—. Tiptow, Turmstr. 38.

Kreuzfüchse, Alaskafüchse, Skunkskragen, Muffen, Sämtliche Pelzwaren, Hälfte herabgesetzte, spottbillige Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203-4, Ecke Rosenthaler Straße.

Anzüge, Gummimäntel, Hosen, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans staunend billig. Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstr. 203-204 Ecke Rosenthaler Straße.

Herrenhüte 68.50. Trotz Preissteigerung verkauft neueste Formen, beste Qualitäten für obigen Sportpreis. Hutformenvertrieb A. Bernstein, Cöpenickerstr. 78, Eingang Brückenstr. 1.

Kreuzfüchse! 180.—! Zobelfüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Seltene Gelegenheiten! Sensationspreise! Sommerpreise! Anzüge! Hosen! Uhren! Goldwaren! Spottpreise! (Keine Versatzware.) Fahrtvergütung! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof Hochbahnhof).

Gelegenheitskäufe. Gute und billige Bücher aller Art findet man stets in der Buchhdl. „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Brockhaus-Konversationslexikon, 14. (letzte) Auflage in 17 Halblederbänden **verkauft** Buchhandlung „Freiheit", Berlin, Breite Straße 8-9.

Chaiselongues 160.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 160.—, Kinderbettstellen. Weiche, Augsburgerstraße 11a. Hund.

Sofaumbau, Chaiselongue, Auflegematratzen, Patentmatratzen 130.—. Walter, Stargarder Straße ...

Gut und billig Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, reelle Arbeit, billigste Preise, große Auswahl, Windhorst, Möbeltischlerei, Brunnenstr. 182.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit", Breite Straße 8-9.

Möbel

Rehfeld, Badstraße 34. Moderne Küchen, 1a Lackfarbe, herrliche Verglasung, 695.—. Schlafzimmer Eiche, weiß und Nußbaum usw., 2950 Mark. Stube und Küche, 11 Teile, 2220 M. Seltene Gelegenheitskäufe, auch gebraucht. Versand nach außerhalb. Hausnummer achten.

Einrichtungen äußerst billig. Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Sofas, Kinderbetten, Einzelmöbel. Berkau, Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Küchen, moderne, mit u. ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, enorm preiswert. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Kaufgesuche

Geldschrank, Büromöbel kauft Centrum 12719.

Lokaleinrichtung, Wienerstühle kauft Zentrum 12719.

Schellack, Leim, Firnis usw. sucht Farbenhaus Neue Königstr. 87. Königst. 5091.

Kaufe alte Schallplatten zu allerhöchsten Preisen. Plattenverleihung Streliger Straße 47.

Hilferding, „Das Finanzkapital". Broschiert oder gebunden kauft Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

Koboski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen Platin, Gold-, Silberbruch, unmoderner Schmuck, Brillanten, Zahngebisse, Bernsteine. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik, Brunnenstraße 163.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Nägel, Masch.-Schrauben, Waßmann, ... 22.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Strausberger Straße 44.

Ansiedlungen

Fredersdorf
eingezäunte Parzellen 1500.- Anzahlung. Siedlungsverein, Steglitz, Treitschkestraße 15.

Verschiedenes

Dauerwäsche repariert Dorn, Reichenberger Str. 7.

Arbeitsmarkt

Händler gesucht für den Vertrieb **aktueller Broschüren.** Buchhandlung „**Freiheit**", Breite Straße 8/9.